



# Elterninitiative

für den Erhalt der Staatlichen Europa-Schule Berlin (SESB)  
am Standort Homer-Grundschule in Berlin Pankow  
<http://homer-elterninitiative.de>    [kontakt@homer-elterninitiative.de](mailto:kontakt@homer-elterninitiative.de)

## **Stellungnahme zum Schlussbericht des Bezirksamtes und der Weisung der Senatsverwaltung, das Griechisch-Sprachangebot an der Homer-Grundschule auslaufen zu lassen**

Berlin, 01.10.2014

I.

Zu dem auf August datierten Schlussbericht des Bezirksamtes in Erledigung des in der 23. Tagung am 21.05.2014 angenommenen Ersuchens der Bezirksverordnetenversammlung geben wir folgende Erklärung ab:

Das Bezirksamt hat entgegen der Darstellung im Schlussbericht offensichtlich nicht im Sinne der Bezirksverordneten gehandelt und sich nicht dafür eingesetzt, dass der Vollzug der Änderung der Aufnahmeverordnung bis zum Schuljahr 2015/16 zurückgestellt wird. Anders ist uns folgende Äußerung der Senatorin für Bildung, Jugend und Familie in der 39. Sitzung des zuständigen Ausschuss des Abgeordnetenhauses vom 12. Juni 2014 – über drei Wochen nach dem Ersuchen der BVV – nicht zu erklären: *„Die Position der Stadträtin hat sich [aufgrund der Debatte in der BVV] nicht verändert. [...] Da brauche ich auch keinen Auftrag, mit der Stadträtin zu reden, weil ich wirklich kontinuierlich gerade auch über diesen Punkt mit ihr gesprochen habe, auch was das Thema angeht, sozusagen eine Zeitverzögerung einzubauen. Es gab verschiedene Anregungen auch von Ihnen, und die Stadträtin ist da ganz klar, was dieses angeht, und der Bezirk steht weiter zu der Entscheidung, die damals getroffen worden ist. [...]“* (Wortprotokoll)

Dieser Sitzung folgte der im Bericht zitierte Beschluss des Abgeordnetenhauses, der Senat möge sich im Einvernehmen mit dem Bezirk „für die Beibehaltung eines griechischen Sprachangebotes an der Homer-Grundschule mit dem Ziel der perspektivischen Wiedereinrichtung einer regulären 1. SESB-Klasse“ einsetzen.

Nachdem bis Schuljahresende von keiner Seite eine Aussage gemacht werden konnte, ob und mit welchem Konzept die Einrichtung eines Griechisch-Sprachangebots an der Homer-Grundschule stattfinden wird, hat sich unsere Initiative an die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher des Abgeordnetenhauses gewandt, die in einem sehr eindeutigen Schreiben vom 3. Juli 2014 die Senatorin und die Bezirksstadträtin zur Umsetzung der Beschlüsse des Plenums der BVV und des Abgeordnetenhauses aufforderten.

Auch danach blieb bis kurz vor Schuljahresbeginn unklar, ob und in welcher Form eine AG

eingrichtet werden könne. Die Eltern haben vor Schuljahresbeginn keine ausreichenden Informationen über das Sprachangebot erhalten, die Bitte der Elterninitiative um ein Gespräch zur Klärung dieser Frage in unserem Schreiben an die Senatorin, das auch der Bezirksstadträtin zugeht, blieb unbeantwortet.

Die notwendigen – und vom Abgeordnetenhaus eingeforderten – Werbemaßnahmen, also Informations- und Überzeugungsarbeit bei den am SESB-Zug interessierten Eltern, konnten somit nicht erfolgen. In der Folge nehmen 10 Kinder das AG-Angebot wahr. Die Homer-Grundschule hätte aufgrund der Kapazitäten alle Interessenten aufnehmen können, jedoch haben einige Eltern aufgrund mangelnder Informationen vor Schuljahresbeginn andere Schulentscheidungen getroffen und wollten ihren Kindern eine weitere Unklarheit, in welche Klasse und Schule sie gehen werden, nicht weiter zumuten.

## II.

Der Schlussbericht des Bezirksamts wurde nun seitens der Senatsverwaltung zum Anlass und zur Grundlage genommen, die Schulleitung der Homer-Grundschule am 19.09.2014 anzuweisen, keine Werbemaßnahmen weder an einer SESB-Klasse noch an einem Griechisch-Sprachangebot durchzuführen und auch für eine Griechisch-AG keine Interessensbekundungen entgegenzunehmen. Diese Anweisung steht in klarem Widerspruch zum Beschluss des Abgeordnetenhauses (Plenarsitzung am 03.07.2014): *„Ziel muss es sein, an der Homer-Grundschule bei ausreichender Steigerung des Interesses perspektivisch wieder einen regulären deutsch-griechischen SESB-Zweig einzurichten“*. Die Fraktionen, die Gremien der Elternvertretung und die Elterninitiative wurden hierzu weder angehört noch im Vorfeld informiert. Auch die Erarbeitung alternativer Angebote scheint somit verunmöglicht.

Wir kommen daher zu dem Schluss, dass Senats- und Bezirksverwaltung entweder völlig unkoordiniert handeln und aufgrund mangelnder Kommunikation miteinander und den beteiligten und betroffenen Akteuren so handeln, dass die Beschlüsse der BVV und des Abgeordnetenhauses nicht umgesetzt werden – oder dass die politischen Beschlüsse von den Verwaltungen gezielt unterlaufen werden. Anders sind die aus Sicht der Eltern skandalösen Entwicklungen an der Homer-Grundschule nicht erklärbar.

Wir fordern die Verwaltung auf, endlich auch im Dialog mit den Eltern zu einer tragfähigen Lösung im Sinne unserer Kinder zu finden und bitten die Fraktionen in Bezirk und Senat, ein solches Verwaltungshandeln nicht hinzunehmen und die Umsetzung der getroffenen Beschlüsse einzufordern.